

## Prokla-Redaktion: Editorial

Die Welt ist in nur wenigen Jahren völlig aus den Fugen geraten, die realsozialistischen Gesellschaften sind wie morsches Gebäck zusammengebrochen, politische Feindbilder und ideologische Koordinatensysteme, die für die (zumindest vorläufige) Ewigkeit bestimmt schienen, haben sich in Luft aufgelöst. Der Kalte Krieg ist von Gorbatschow und Bush offiziell für beendet erklärt worden. Die Hoffnungen, die diese Entwicklungen freisetzen, waren groß: »Friedensdividen- den« sollten in die Dritte Welt umgelenkt werden, die großen Menschheitsaufgaben - Überwindung von ökologischer Krise, Massenverelendung in den Armuts- regionen der Welt und Menschenrechtsverletzungen rund um den Globus - könnten gemeinsam angegangen werden, weltweiten Demokratisierungstenden- zen und einer Zivilisierung des nunmehr im umfassenden Sinne »globalen Kapi- talismus« schien nichts mehr im Wege zu stehen. Der Traum währte nicht lange: Das Ende des Staatsozialismus und der »Siegesszug« des westlichen Gesellschafts- modells übersetzen sich keineswegs in eine schöne neue Welt, sondern in eine Militarisierung der internationalen Beziehungen, in neue Polarisierungen und neue Konflikte, die in ihren Auswirkungen noch längst nicht überschaubar sind. Die ökonomischen Reformversuche Osteuropas kommen nur schwerfällig voran und sie gehen einher mit dem Zusammenbruch ganzer Wirtschaftssektoren, Mas- senarbeitslosigkeit, Spekulation, Schwarzmärkten und einer völligen Desorien- tierung aller Beteiligten: Planwirtschaftler, die über Nacht zu Friedman und Hayek gefunden haben, Marktwirtschaften, in denen es keine Unternehmer und nur wenige Märkte gibt, Gewerkschaften, die zuvor als Handlanger der Partei fungierten und nun erneut im machtpolitischen Abseits stehen, Arbeiter, die auf die Marktwirtschaft hofften und über Nacht zu Arbeitslosen wurden. Der von den Reformern anvisierte Übergang zu einem »domestizierten Kapitalismus mit menschlichem Anlitz« scheint in den Untiefen eines kruden Manchesterlibe- ralismus steckenzubleiben.

Die »Nachhilfekonzeppte« aus dem »siegreichen Westen« für die Marktanfänger im Osten gehen über die gebetsmühlenartige Wiederholung der Lehrbuchortho- doxie kaum hinaus. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß schon in den 80er Jahren die marktradikalen Reformen des Internationalen Währungsfonds in den Ländern der Dritten Welt zwar zu breiter Verelendung nicht aber zu einer erfolg- reichen wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen haben; dort ist nun allenthal- ben von der »verlorenen Dekade« die Rede.

John Kenneth Galbraith, der auf die sehr unterschiedlichen und zuweilen kom- plexen Regulationsmuster in den OECD-Industrieländern verweist, hat völlig Recht: »Viele der Vorschläge der Hohepriester des Kapitalismus, die den mittel- und osteuropäischen Staaten jetzt angeboten werden (haben) ihren Ursprung in einem Bild von der kapitalistischen Wirtschaft, das keinen Bezug zu deren Re-

alität hat. Denn würde das Bild zutreffen, hätte die kapitalistische Volkswirtschaft nicht überlebt.« Sein Gesamturteil über die Reformvorschläge aus den Think Tanks des Westens für die maroden Ökonomien des Ostens: »primitive Ideologie« (Die Zeit, 26. Okt. 1990).

Nach den gesellschaftlichen Ordnungsmodellen scheinen in Osteuropa auch die Staatsgebilde zu zerfallen. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien und die Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion sind Beispiele dafür. Doch auch anderswo drängt das Problem der »Völker ohne Staat“: die Basken in Spanien, die Kurden in der Türkei und im Irak, die Palästinenser im Nahen Osten, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Nationalitätenkonflikte und die Armut in den Ländern des »Südens« (der nun auch den geographischen »Osten« umfaßt) übersetzen sich in Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in die reichen Zentren. Was in den USA längst auf der Tagesordnung stand, war den Westeuropäern bisher durch stets als unmenschlich geißelte, undurchlässige Grenzanlagen zwischen Ost und West nicht zum drängenden Problem geworden. Die harschen Reaktionen der EG-Staaten auf die ersten Flüchtlingsbewegungen aus den ehemaligen sozialistischen Ländern lassen befürchten, daß die Diskurse über »die eine Welt« und das Projekt der »globalen Zivilgesellschaft« Utopie bleiben, und daß die Abschottung der Wohlstandsinselfen gegen den Rest der Welt zum Programm wird.

Als stünde der Wohlstand auf des Messers Schneide, wird mit rhetorischen und - man denke an die albanischen Flüchtlinge in Italien - mit wirklichen Waffen gegen die Habenichtse aus der Dritten Welt vorgegangen. Das Exekutivkomitee des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen hat »minimale humanitäre Standards« für die Behandlung von Flüchtlingen festgelegt, die »als Personen behandelt werden (sollten), deren tragisches Schicksal besonderes Verständnis und Sympathie verdient. Sie dürfen keiner grausamen, unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung ausgesetzt werden.« Wer mußte nicht bei den Bildern der im Stadium von Bari zusammengepferchten Albaner im August diesen Jahres an das Stadium von Santiago de Chile im September 1973 denken? Oder wie Rossana Rossanda an die Berliner Mauer: »Kaum zwei Jahre nach dem Fall der Mauer von Berlin hat Italien innerhalb von 48 Stunden die Mauer von Bari errichtet. Früher schossen die Vopos, um die Deutschen davon abzuhalten, vom Block der Staaten mit beschränkter Souveränität in den Westen zu entkommen. Heute nimmt sich unsere Polizei in Kriegsmontur die Albaner vor, die es auf dem gleichen Weg versuchen, und treibt sie zusammen, fängt sie ein und schafft sie unter Schlägen zurück.« (taz, 14. 8. 1991)

Es war der US-Präsident Bush, der ausgerechnet während des Irak-Krieges, eine »neue Weltordnung«, die bald zur »Neuen Weltordnung« wurde, militärisch aus der Taufe heben wollte. Am 11. September des vergangenen Jahres hatte Bush dem Kongreß in einem rhetorischen Höhenflug die Umriss seines Projektes vor Augen geführt. Die »Neue Weltordnung« sei »eine Ära, freier von der Bedrohung durch Terror, stärker bei der Durchsetzung von Gerechtigkeit, sicherer im

Streben nach Frieden. Eine Ära, in der die Völker der Welt, Ost und West, Nord und Süd, in Harmonie leben und gedeihen können.«

Doch das Unternehmen »Wüstensturm«, propagandistisch verkauft als Feldzug für die Menschenrechte, ließ sich kaum als Vorbote der neuen Ära interpretieren. Nachdem die Rauchwolken verfliegen waren, blieben bisher ungezählte Tote zurück, wurde das Ausmaß der ökologischen Katastrophe in der Region deutlich, die Menschenrechtsverletzungen gehen weiter - in Kuwait ebenso wie im Irak des Sadam Hussein -, die Kurden werden abwechselnd von der irakischen Armee und den Truppen des NATO-Mitgliedes Türkei überfallen, und eine Lösung des Nah-Ost-Konfliktes ist nicht in Sicht.

Während in den USA euphorisch das Ende des Vietnamtraumas gefeiert wurde, stehen die Vereinten Nationen nach ihrer ersten Bewährungsprobe in der Post-Cold-War-Ära vor einem Scherbenhaufen. Die militärische Logik hat sich gegen politische Lösungsversuche durchgesetzt, der Weltsicherheitsrat mutierte zum Werkzeug der US-Kriegsmaschinerie. Der US-General Schwarzkopf, der Angaben über die zivilen Opfer des Golfkrieges für »nebensächlich« hielt, steigt in den USA zum Volksheld auf; er verkörpert die »Neue Weltordnung«, Perez de Cuellar bleibt da nur der resignierte Abgang von der weltpolitischen Bühne.

Die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zutiefst verunsicherte US-Rüstungsindustrie braucht sich offenbar um ihre Zukunft keine Sorgen zu machen. Dafür spricht auch die peinliche Rüstungskontrollinitiative des US-Präsidenten vom Mai 1991, in der ein Treffen der wichtigsten Waffenexportländer vorgeschlagen wurde, um - im Interesse der Sicherung des Weltfriedens - eine »Zurückhaltung der Lieferstaaten« zu erreichen. Im August 1991 offenbart ein Dokument des US-Kongresses, daß die USA 1990, zum ersten Mal seit 1983, zum größten Waffenexporteur aufgestiegen sind. 45% aller Rüstungsexporte in die Entwicklungsländer waren 1990 made in USA.

Der erneuerte Führungsanspruch der USA liegt also auf dem Tisch, die zukünftige Rolle der USA auf der internationalen Bühne bleibt jedoch unklar. Auch in den USA mischen sich in die Jubelrufe der Siegesparaden durchaus kritische Stimmen, die den Golfkrieg und das hektische außenpolitische Treiben der Bush-Administration weniger als Wiederbelebung der Pax Americana - nun in einer unipolaren Welt - sondern vielmehr als Indikator für die innenpolitische Hilflosigkeit im Kampf gegen den Niedergang der Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie, Staatsverschuldung, Bildungschaos und die Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten interpretieren. Paul Kennedy deutet entsprechend die aktuelle außenpolitische Kraftanstrengung als »imperiale Überdehnung« einer angeschlagenen Hegemonialmacht. Zweifellos ist die uneingeschränkte Dominanz der USA im westlichen Lager zerbrochen. Japan und die EG sind zumindest auf ökonomischem Gebiet zu ebenbürtigen Mit- bzw. Gegenspielern geworden. Doch was bedeutet dies für die zukünftige internationale Ordnung? Die EG, die implizit den Anspruch erhebt, im Gegensatz zu den USA eher den »zivilisierten Kapitalismus« zu vertreten, blamierte sich während des Golfkrieges gründlich:

mit trauriger Miene und frommen Sprüchen wird die Suche nach friedlichen Lösungen postuliert und dann der Wirtschaftsblockade gegen den Irak doch keine Chance gegeben. Die Europäer zahlten brav ihren Beitrag zum Waffengang. Von den »erfahrenen Entspannungspolitikern« war weit und breit nichts zu sehen. Die Japaner sind bis heute ebenfalls nicht in der Lage eine eigenständige weltpolitische Rolle auszufüllen. Auch sie überließen den USA die Initiative im Golfkonflikt und überwiesen ohne langes Zaudern die verlangten Dollar-Milliarden auf das Konto der Gestalter der »Neuen Weltordnung«. Sollte vielleicht doch eher alles beim alten geblieben sein in der neuen Weltordnung?

Klar ist, daß bisher nicht viel für eine neue Weltordnung »des Friedens und der Harmonie« spricht. Doch wofür sprechen die sich andeutenden Machtverschiebungen zwischen den westlichen Industrieländern, was werden die Auswirkungen für die Dritte Welt sein, und welche Rolle wird die Sowjetunion in Zukunft spielen?

Wie labil und unkalkulierbar die "neue Weltordnung" ist, zeigte sich am gerade erfolgten Sturz von Gorbatschow. Sämtliche Artikel des vorliegenden Heftes wurden vor diesem Ereignis geschrieben. Sie sind damit aber keineswegs hinfällig geworden, handeln sie doch in der einen oder anderen Weise gerade von dieser Labilität.

\*\*\*

In der PROKLA 81 baten wir die Leser um Stellungnahmen zum Projekt PROKLA. Für die ausschließlich ermutigenden Zuschriften und Aufforderungen zum Weitermachen möchten wir uns herzlich bedanken. Es scheint, daß die PROKLA für viele Leserinnen und Leser aus politischen und professionellen Gründen unverzichtbar geblieben ist. Dennoch reicht die Zahl der Käufer langfristig nicht aus, um das Überleben der Zeitschrift zu sichern. Alle, die sich dem Projekt PROKLA verbunden fühlen, sollten daher als Multiplikatoren der Zeitschrift wirken, die PROKLA weiterempfehlen, in ihren Bibliotheken einmal nachzuschauen, ob die PROKLA dort zugänglich ist und gegebenenfalls ein Bibliotheksabo anregen usw. Wir werden auch in Zukunft versuchen, eine linke Theoriezeitschrift zu produzieren, die sich den Fragen der Zeit stellt, ohne sich deshalb gleich dem Zeitgeist anzupassen. Im Herbst wird sich die Redaktion in »Klausur« begeben, um über ein erneuertes Konzept für die PROKLA nachzudenken. Anregungen der Leser zu den Inhalten und zu der Gestaltung der PROKLA sind uns daher jederzeit willkommen. Bereits in diesem Heft beginnen wir mit einem »Debattenteil«, in dem kürzere Beiträge zu aktuellen Themen abgedruckt werden sollen, um neben den eher theoretischen Artikeln zu den Schwerpunktthemen auch unmittelbar politischen Diskussionen Raum zu geben. Die Debattenbeiträge behandeln in diesem Heft das Spannungsverhältnis von Demokratie und Ökologie.